

29. November 2012 | Nr. 336

## Bullinger: Der Mensch gehört zur Natur und ist kein Störfaktor

### Kritik an Grün-Rot - Verbesserung der Lebensgrundlagen nur mit den Menschen möglich

- Der agrarpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Friedrich Bullinger, hat in einer Landtagsdebatte über das Thema „Naturschutz und Artenvielfalt in Baden-Württemberg – erhalten was uns erhält“ der grün-roten Landesregierung vorgeworfen, die „Menschen eher als Störfaktor“ anzusehen. Bullinger: „Im Gegensatz zu Ihnen betrachten wir den Menschen als integralen Teil des Ganzen – Mensch und Natur gehören zusammen.“

Die natürliche Umwelt hat sich nach den Worten von Bullinger in Baden-Württemberg seit den 70er-Jahren großartig entwickelt. Das gelte für die Qualität der Gewässer, für die gewachsene Zahl der Biotope, die Steillagen der Weinberge oder für den ökologischen Streuobstbau, der so eindrucksvoll unsere Landschaft präge. Positiv habe sich die Flurneuordnung ausgewirkt, so konnten immer mehr Gehölzflächen und Randstreifenprogramme geschaffen werden. Bullinger: „Dies war nur mit den Menschen möglich. Das sind die Landwirte, die Jäger, die Fischer, die aktiven Mitglieder des BUND und des NABU, denen ich aufgrund ihres unermüdlichen Einsatzes für die Umwelt großen Respekt zolle. Dazu gehören die Vertreter der Bauernverbände, Landschafts- und Naturschutz- und Umweltverbände oder der Maschinenringe.“ Mensch und Natur müsse es also heißen, nicht Natur statt Mensch, so Bullinger. Das gelte auch für den geplanten Nationalpark im Nordschwarzwald, den die Landesregierung nur mit der Zustimmung der Bürger vor Ort umsetzen dürfe. „Wenn man die Menschen fragt und sie wollen es nicht, dann darf man es auch nicht machen.“ Im Gegensatz dazu sei das Biosphärengebiet Schwäbische Alb ein Musterbeispiel, wie eine Naturlandschaft gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vorangebracht werden könne, so der agrarpolitische Sprecher. Bullinger forderte Landwirtschaftsminister Bonde auf, bewährte Umweltprogramme wie das Marktentlastungs- und Kulturausgleichsprogramm (MEKA) fortzuführen.